
Die Ukraine im 20. Jahrhundert

Rezension von: Katrin Boeckh, Ekkehard Völkl, Ukraine. Von der Roten zur Orangen Revolution, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2007, 296 Seiten, € 26,60.

Mit 603.000 km² ist die Ukraine das größte vollständig in Europa liegende Land. Was die Bevölkerungszahl betrifft, rangiert die Ukraine mit rd. 47 Mio. Einwohnern an fünfter Stelle in Europa (Russland ausgenommen). Lemberg (ukr. Lviv), die mitteleuropäisch geprägte Metropole der Westukraine, von 1772 bis 1918 als Hauptstadt von Galizien zur Habsburgermonarchie gehörig, liegt auf der Luftlinie nur ca. 570 km von Wien entfernt, also nicht viel weiter als Bregenz.

Dennoch taucht die Ukraine hierzulande sehr selten in den Nachrichten und noch seltener in den Schlagzeilen auf. Zuletzt war das zum Jahreswechsel 2005/06 der Fall, als der mehrheitlich im Besitz des russischen Staates befindliche Energiekonzern Gazprom der Ukraine den Gashahn zudrehte, womit auch die Gasversorgung Österreichs bedroht schien. Und im Herbst und Winter 2004 sorgten die von der Regierung angeordneten Wahlmanipulationen und der friedliche Kampf der zivilgesellschaftlichen Opposition um die Durchsetzung des Wählerwillens in Kiev (ukr. Kyiv) für anhaltendes Interesse seitens der internationalen Medien. Der Konflikt um den Gaspreis ein Jahr später war nicht zuletzt auch eine Spätfolge dieser sog. „Orangen Revolution“, welche die Ukraine vor der Verfestigung des autoritären Präsidentialregimes bewahrte.

Wer sich über die historischen Wurzeln und die Hintergründe dieser Ereignisse informieren möchte, kann dies anhand des vorliegenden Bandes tun, der von Ekkehard Völkl (Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Regensburg, verstorben 2006) und Katrin Boeckh (Privatdozentin an der Universität München, Spezialistin für ukrainische Geschichte) verfasst wurde und im Rahmen der Reihe „Ost- und Südosteuropa. Geschichte der Länder und Völker“ des Verlags Friedrich Pustet und der Südosteuropa-Gesellschaft München erschien.

Nach der Absetzung des „Nationalkommunisten“ Šelest war mit dem Brežnev-Protégé Ščerbyckyj 1972 eine neue Eiszeit in der Ukraine eingeleitet, die bis zum Ende des Sowjetsystems währte. Ščerbyckyj konnte sich in Kiev auch unter Gorbachev behaupten, weil er die Rückendeckung reformfeindlicher Kräfte in Moskau besaß. Die neostalinistische Herrschaft der 1970er und 1980er Jahre in der Ukraine war geprägt durch Repression, Russifizierung und sinkenden Lebensstandard.

In den 1960er Jahren war der planwirtschaftliche Umwandlungsprozess der Ukraine von einem agrarwirtschaftlich geprägten Gebiet zu einem Industriestaat, der Anfang der 1930er Jahre mit der forcierten Industrialisierung auf Kosten der Bauern und unter Inkaufnahme ungeheurer Menschenopfer begonnen hatte, zum Abschluss gelangt. Schwerpunkte der ukrainischen Wirtschaft in der späten Sowjetzeit bildeten nach wie vor der Getreideanbau und der Bergbau (Steinkohle im Donbas), aber die Ukrainische SSR war innerhalb des RGW-Raumes auch ein Zentrum für Hochtechnikproduktion in den Bereichen Petrochemie, Metallurgie, Maschinenbau, Rüstungsgüter und Energiewesen. Beim wirtschaft-

lichen Zurückfallen in den 1970er und 1980er Jahren handelte es sich nicht um ein spezifisch ukrainisches Phänomen, sondern um eine Konsequenz der ökonomischen Krise der gesamten Sowjetunion und seiner Satelliten.

Für die Trennung der Ukraine von der Sowjetunion (bzw. Russland) waren Ereignisse und Entwicklungen sowohl in Moskau als auch in der Ukraine ausschlaggebend. Die Reaktorkatastrophe von Čornobyl im April 1986 erschütterte das öffentliche und private Leben in der Ukraine. Die völlig unzureichenden Reaktionen der staatlichen Behörden belegten das Versagen und die Menschenverachtung der in Kiev herrschenden Nomenklatura. In der Illegalität formierten sich zivilgesellschaftliche Vereinigungen, die heftige Kritik an den vielfältigen Missständen im Lande übten und für die Ziele Demokratisierung und Öffnung, bald auch Systemwechsel und Unabhängigkeit eintraten und demonstrierten. Die oppositionellen Bewegungen von unten wie „Ruch“ fanden Unterstützung von oben, durch die Reformer in Moskau um Gorbatschow. Im September 1989 wurde Ščerbyckyj abberufen und durch einen Gefolgsmann Gorbatschows ersetzt.

Die Vorgabe Moskaus, in den nicht-russischen Republiken politische Neuerungen nach dem Vorbild von *Perestroika* (Umbau) und *Glasnost* (Öffnung) umzusetzen, brachte diese fast automatisch auf einen nationalen Kurs, der an den Grundfesten der Sowjetunion rütteln musste. So auch in Kiev: Bei den ersten halbfreien Wahlen zum Obersten Sowjet im März 1990 erhielt das oppositionelle Wahlbündnis unter Führung von „Ruch“ ein Viertel der Mandate. In den folgenden Monaten liefen viele kommunistische Abgeordnete zur Opposition über. „Das verbind-

dende Element zwischen beiden war die Ablehnung des sowjetischen Zentralismus.“ (S. 193) Auf die kommunistischen Abgeordneten und Funktionäre wirkte ein zweifacher Anreiz, die Seite zu wechseln: Zum einen würde eine Loslösung von Moskau den Druck von oben beseitigen und die eigenen politischen Spielräume vergrößern. Zum zweiten würde die Mitbestimmung des Systemwechsels an den Hebeln der Macht es der alten Nomenklatura ermöglichen, ihre Privilegien zu behalten, sich in der Übergangsphase mit ihren unklaren Regeln und Grauzonen vielfältig zu bereichern, als Unternehmer oder Parteigründer Fuß zu fassen, also auch im postkommunistischen Staat zu den bestimmenden Eliten zu gehören.

Aufgrund des Schulterschlusses zwischen den oppositionellen Bewegungen und den Nationalkommunisten kam die Souveränitätserklärung des Obersten Sowjets vom Juli 1990 zustande. Der Nationalkommunist Kravčuk wurde erster Präsident. Weitere bedeutsame Schritte der Trennung von Moskau folgten im Herbst (u. a. Vorrang der ukrainischen Gesetze, Separation der Staatshaushalte). Der russische Parlamentspräsident Jelzin erkannte für die Russische Republik die politische Existenz des Staates Ukraine bereits im November 1990 an. Damit war die Ablösung von Russland auf friedlichem Wege erreicht.

Der nächste große Schritt der Trennung wurde durch die turbulenten und dramatischen Ereignisse in Moskau im August 1991 provoziert: Auf den Versuch konservativer Kommunisten, das Rad der Geschichte durch einen Putsch zurückzudrehen, reagierte der Oberste Sowjet in Kiev am 24. 8. mit der Unabhängigkeitserklärung. Am 1. 12. befürworteten über 90% der uk-

rainischen WählerInnen in einem Referendum diese Deklaration. Der letzte Schritt, der Austritt aus der Sowjetunion, wurde am 5. 12. beschlossen, drei Tage später gehörte die Ukraine zu den Gründungsmitgliedern eines Bundes unabhängiger Staaten, der GUS.

Die unabhängige Ukraine stand vor der doppelten, ungemein schwierigen Aufgabe der Transformation eines totalitären, aus Moskau ferngesteuerten politischen Systems und einer zentralisierten Planwirtschaft. Die Frage war, an welchen Veränderungen die weitgehend unveränderte politische Elite überhaupt Interesse haben konnte.

Unter den Präsidenten Kravčuk (1990-94) und Kučma (1994-2004) wandelte sich die Ukraine in politischer Hinsicht erheblich, jedoch nicht in Richtung eines demokratisch-pluralistischen Rechtsstaats westeuropäischer Prägung, sondern in Richtung einer autoritären präsidentiellen Herrschaft, in der Politik und Wirtschaft in klientelistischer Weise aufs Engste verklammert waren.

In wirtschaftlicher Hinsicht erlebte die Ukraine in der ersten Hälfte der 1990er Jahre eine schwere Transformationskrise:¹ Die erfasste wirtschaftliche Leistung schrumpfte zwischen 1991 und 1995 um rund die Hälfte. Diese Einschätzung vermittelt allerdings kein korrektes Bild der tatsächlichen wirtschaftlichen Aktivitäten, denn gleichzeitig expandierte die Schattenwirtschaft sehr stark. Nach Expertenmeinungen erreichten die schattenwirtschaftlichen Aktivitäten Mitte der 1990er Jahre etwa die Hälfte der legalen. Erst seit dem Jahre 2000 befindet sich die ukrainische Wirtschaft wieder auf einem nachhaltigen Wachstumskurs.

Trotz der alles in allem günstigen Voraussetzungen – ertragreiche Böden,

Rohstoffvorkommen, industrielles Erbe der Sowjetunion, vergleichsweise gut ausgebildete Arbeitskräfte – ist die Ukraine zu Beginn des 21. Jahrhunderts eines der ärmsten Länder Europas. In Bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen stand die Ukraine 2002 an drittletzter Stelle, vor Moldawien und Albanien. Hinzu kommt, dass die Einkommen extrem ungleich verteilt sind: Gemäß einem EU-Bericht lebt ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Mitglieder der alten Nomenklatura und kommunistische Funktionäre verstanden es, in der wilden Übergangszeit auf legale, halblegale und illegale Weise gewaltige Kapitalien anzuhäufen. Diese neureichen Oligarchen waren dann auch die Hauptnutznießer der Privatisierungen der 1990er Jahre. Sie agierten dabei in Kooperation mit lokalen Politikern und Funktionären sowie mit Seilschaften im Parlament und in der Staatsverwaltung. Als Zentren oligarchischer Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik kristallisierten sich Doneck (Chemie, Metallurgie, Maschinenbau), Dnipropetrovsk (Rüstungsgüter) und Kiev (Banken, Medien) heraus. Kučma war ein Repräsentant des militärisch-industriellen Komplexes von Dnipropetrovsk. Diese Klans erlangten Kontrolle über weite Bereiche der ukrainischen Wirtschaft.

Ab Ende der Neunzigerjahre versuchten die Klans, ihren unmittelbaren Einfluss auf die Politik auszubauen: Dies geschah durch finanzielle Unterstützung für Kandidaten und Medien, durch Kandidaturen für einen Sitz im Parlament, durch Übernahme von Parteiämtern oder durch Gründung einer eigenen Partei. Als Konsequenz verdichteten sich die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Eliten. Wo

die privatwirtschaftliche Sphäre endete und die politische begann, war kaum noch auszumachen. Diese klientelistische Verklammerung zwischen Politik und Wirtschaft betraf nicht nur einzelne Abgeordnete, sondern auch die Regierung als solche und die Staatsspitze. Was sich auf der institutionell-formaljuristischen Ebene als ständige Versuche Kučmas darstellte, die Macht des Staatspräsidenten und der Präsidialadministration auf Kosten der Regierung und des Parlaments auszuweiten, waren gleichzeitig Auseinandersetzungen mächtiger Klans und Klientelgruppen um Macht und wirtschaftliche Einflussosphären. Diese Konflikte wurden mit legalen, informellen und illegalen Methoden geführt. Die Ukraine unter Kučma war weit davon entfernt, ein Rechtsstaat zu sein; Korruption gehörte auf allen Ebenen zum politischen Alltag, und die organisierte Kriminalität beherrschte einige Wirtschaftsbereiche.

Als einzige Verdienste halten die AutorInnen Kučma zugute, „dass die Ukraine als einheitliches Staatswesen Bestand hatte“ (S. 234) und dass es ihm gelang, zu den wichtigen Nachbarn Russland und Polen gute Beziehungen zu etablieren.

Doch der vorliegende Band enthält nicht nur einen Überblick der letzten Phase sowjetischer Herrschaft und der postsowjetischen Entwicklungen in der Ukraine. Die VerfasserInnen bieten auch einen historischen Abriss der Geschichte der Ukraine bis zum Ersten Weltkrieg. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt aber auf der wechselvollen, von vielen Katastrophen geprägten Geschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert.

In den Jahren 1917-20 gingen die Ansätze zur Schaffung eines ukrainischen Nationalstaates im Russischen

Bürgerkrieg unter. Der Sieg der Roten Armee bedeutete, dass die Ukraine von Moskau aus regiert wurde. Formal stellte die Sowjetunion einen Staatenbund dar, aber in Wirklichkeit war sie ein Zentralstaat. Die wesentlichen Entscheidungen über die Politik in der Ukraine fielen in Moskau, nicht in Charkiv bzw. Kiev. Die ukrainische KP besaß gewisse Handlungsspielräume, die manchmal größer, manchmal kleiner waren: In den 1920er Jahren hatten die Teilrepubliken gemäß dem Grundsatz „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“ mehr Autonomie. Diese nationalkommunistische Phase endete nach der Machtübernahme Stalins. Die Bekämpfung des – real existierenden oder behaupteten – ukrainischen Nationalismus bot dann wiederholt den Vorwand für zentral angeordnete Wellen der Unterdrückung, der Säuberung, des Terrors und der Russifizierung. Die rücksichtslose Forcierung der Industrie zulasten der Bauern kostete in der Ukraine Anfang der 1930er Jahre rund 3,5 Mio. Menschen das Leben.² Die Ära des physischen und geistigen Terrors währte bis zu Stalins Tod 1953. Unter der Herrschaft Chruščevs setzte ein Tauwetter ein. Die ukrainische KP vermochte in den 1950er und 1960er Jahren ihre Autonomie und ihre Einflussmöglichkeiten auf Bundesebene auszubauen. Eine neue Eiszeit begann 1972 (siehe oben) – der Anfang vom Ende der Sowjetherrschaft.

Wohl keine andere Bevölkerung eines europäischen Landes litt in den vier Jahrzehnten zwischen 1914 und 1953 so sehr unter den Folgen menschenverachtender Politik – Kriege und Bürgerkriege, Repression, Terror, radikale gesellschaftspolitische Experimente – wie jene der Ukraine: Erster Weltkrieg; Russischer Bürgerkrieg 1918-20; Polnisch-Russischer Krieg

1919-20; Hungerkatastrophe 1921-23 als Folge kriegskommunistischer Requirierungen; sowjetische Terrorwellen gegen Adel und Bürgertum (1917-20) sowie wirtschaftlich erfolgreiche Bauern (1930/31), Parteisäuberung („Großer Terror“ 1934-38); Hungerkatastrophe („Holodomor“ 1931-33 als Konsequenz der Getreideeintreibungen zugunsten der mit allen Mitteln vorangetriebenen Industrialisierung); Zweiter Weltkrieg mit Kriegshandlungen, deutscher Vernichtungspolitik gegen Juden und Hungerpolitik gegen Ukrainer, Bürgerkrieg und sowjetischem Terror in der Westukraine; Partisanenkrieg und staatliche Repressalien bis in die 1950er Jahre; letzte große europäische Hungerkatastrophe 1946/47, wieder als Folge rücksichtsloser Requirierungen (ca. 1,2 Mio. Tote!).

All jenen, die an der jüngeren politischen Geschichte des großen „Grenzlandes“ (das ist die Bedeutung

des Wortes „Ukraine“) zwischen der EU und Russland interessiert sind, kann der besprochene Band empfohlen werden. (Wirtschafts- und sozialhistorische Aspekte kommen leider ein wenig zu kurz.) Wie alle Bände der Reihe enthält auch dieser eine Zeittafel, Kurzbiographien, Kurzbeschreibungen historischer Orte und Stätten, ein Glossar, ein Personen- und ein Ortsregister, was den Gebrauchswert als Nachschlagewerk wesentlich erhöht.

Michael Mesch

Anmerkungen

- ¹ Zur Transformation der ukrainischen Wirtschaft siehe Vladimir Pankov, Die Ukraine: Auf dem Wege marktwirtschaftlicher Reformen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 22/2 (1996) 263ff.
- ² Siehe das Schwerpunktheft der Zeitschrift *Osteuropa* 54/12 (2004).